**Rollenspiel zum EuGH**

*Eine Möglichkeit, wie politische Maßnahmen beendet oder verändert werden, ist durch eine Entscheidung einer juristischen Instanz. Die höchste in Europa ist der EuGH. Mit diesem Rollenspiel können die Schüler\*innen aktiv ein paar Entscheidungen des EuGH kennen lernen und nachspielen.*

|  |  |
| --- | --- |
| Übungsart | Rollenspiel |
| Unterrichtsphase | Anwendung |
| Sozialform | Gruppenarbeit / Plenum |
| Zeitaufwand  | mittel |
| Materialaufwand | mittel |
|  |  |

**Praxishinweise**

Es gibt sechs verschiedene Fälle, die hier immer gleich aufbereitet sind. Es wird jeweils kurz die Ausgangssituation beschrieben, dann gibt es die Karten für den\*die Kläger\*in, den\*die Angeklagte\*r und den\*die Richter\*in sowie eine Darstellung, wie der Fall tatsächlich entschieden wurde. Die Aufgabenstellung ist jeweils, dass die Schüler\*innen sich versuchen sollen in ihre Rolle hineinzuversetzen und eine Argumentation vor Gericht nachspielen sollen. Dies können sie auch in Zweier-Teams machen. Der\*die Richter\*in entscheidet dann, wer die besseren Argumente hat. Dies könnte auch die Klasse machen. Am Ende werden die Schüler\*innen über das tatsächliche Urteil aufgeklärt.

**Anlage**

- Allgemeines zum EuGH

- Fall: Europäische Fußballspielertransfers

- Fall: Studiengebühren EU-Bürger\*innen

- Fall: Gleichbehandlung Mann-Frau

- Fall: Diskriminierung Staatsbürgerschaft – lebenslange Ausweisung

- Fall: Piloten – Altersdiskriminierung?

- Fall: Biometrischer Pass – Fingerabdruck als Eingriff auf die Privatsphäre?

**Allgemeines zum EuGH**

* Eines der sieben europäischen Organe, Sitz in Luxemburg: sorgt für eine einheitliche Auslegung und Anwendung der Verträge in den EU-Mitgliedstaaten
* Vorabentscheidungsverfahren: Wenn sich ein nationales Gericht nicht sicher ist, ob oder wie das nationale Gesetz unvereinbar bzw. vereinbar mit europäischem Recht ist, kann es das Verfahren national aussetzen, um den EuGH in einem sogenannten „Vorabentscheidungsverfahren“ mit klar formulierten Fragen im Fall einer Entscheidungserheblichkeit in das Verfahren einzubeziehen; wenn es ein Gericht ist, dessen Entscheidung mit Rechtsmitteln des nationalen Rechts nicht mehr angegriffen werden kann, muss es bei dem geringsten Zweifel die Frage dem EuGH vorlegen
* die Entscheidung des EuGH (=Antwort auf die Fragen) gilt verbindlich in allen Mitgliedstaaten auch für ähnliche Fälle und beeinflusst direkt Unvereinbarkeiten nationalen Rechts in anderen Ländern mit europäischem Recht
* der häufigste Fall, wie der EuGH involviert wird
* Vertragsverletzungsverfahren: Andere EU-Staaten oder die EU-Kommission klagen ein Land an, dass es gegen die Verträge verstößt; keine Klage einer natürlichen Person oder juristischer Personen (Verbände, Unternehmen,...) möglich
* Nichtigkeitsklage:
	+ eröffnet die Möglichkeit einer objektiven richterlichen Kontrolle der Handlungen der Unionsorgane
	+ Individuen können hier ihr Recht direkt beim EuGH einfordern, falls:
		- Maßnahmen der Unionsorgane wirken sich **unmittelbar** (Art & Auswirkung der Beeinträchtigung der Rechtsstellung des Klägers steht fest) und **individuell** (Verhinderung einer „Popularklage“; bspw. Kläger\*in individuell hervorzuheben aus allen Wirtschaftsteilnehmer\*innen) negativ aus
* Untätigkeitsklage: Ein an die Klageperson zu richtender Rechtsakt wird von einem Unionsorgan unter Verletzung der Verträge nicht umgesetzt
	+ durch Urteil wird nur festgehalten, ob die Unterlassung rechtswidrig ist
	+ EuGH ist nicht befugt, eine Verpflichtung zum Erlass der erforderlichen Maßnahme auszusprechen
* Schadenersatzklage: Wenn infolge eines von Bediensteten der EU begangenen Fehlers ein Schaden entstanden ist, kann individuell Schadensersatz vom EuGH gefordert werden
* Zahlen und Fakten:
* 2016:
	+ 1628erledigte bei 1604 neuen („anhängig gemachten“) Rechtssachen
	+ durchschnittliche Verfahrensdauer: 16,7 Monate (2016)
* 75 Richter, 11 Generalanwälte, 2.168 Beamte und sonstige Bedienstete

🡪 40% Männer, 60% Frauen

* 2017:
* 13% der Direktklagen von Individuen vor dem EuGH abgewiesen
* rund 760 Klagen von natürlichen Personen oder Unternehmen erhoben worden
* 14% der Klagen vor dem EuGH von natürlichen Personen und Unternehmen gingen positiv für den\*die Kläger\*in aus; 64% gingen negativ aus; 16% wurden zurückgenommen; 5% der Fälle bedurften keiner Rechtsprechung mehr
* 447 abgeschl. Vorabentscheidungsverfahren; 37 abgeschl. Direktklagen

|  |
| --- |
| Europäische Fußballspielertransfers |
| **Ausgangssituation** | Der Belgier Jean-Marc Bosman spielte beim belgischen Fußballverein FC Lüttich in der 1. Liga. Als sein Vertrag auslief, möchte der Verein ihn verlängern, bot allerdings statt umgerechnet 3500 Euro pro Monat nur noch 880 Euro. Deshalb wollte der Familienvater zum französischen Verein USL Dünkirchen wechseln. Plötzlich verlangte sein belgischer Verein eine Ablösesumme von 600.000 Euro von dem französischen Club und jedem anderen interessierten Verein. Diese hohe Summe wollte kein europäischer Verein zahlen, sodass Bosman beim FC Lüttich bleiben musste. Daraufhin klagte Bosman vor dem belgischen Gericht. In diesem Zusammenhang forderte er auch die Vorlage bei dem EuGH zu der Frage, ob von Vereinen Ablösesummen für Spieler auch nach Vertragsende verlangt werden dürfen. Er selbst sah dies als Behinderung seiner freien Berufswahl innerhalb der EU. |
| **Rollenkarte** **Jean-Marc Bosman** | Du bist der belgische Fußballspieler Jean-Marc Bosman. Dir wird nach Vertragsende ein Gehalt von deinem belgischen Verein geboten, das in etwa ein Viertel von dem beträgt, was du vorher verdient hast. Du möchtest wechseln, hast einen interessierten französischen Verein gefunden, aber dein alter Verein fordert plötzlich eine Ablösesumme von 600.000 Euro von den Franzosen, die diese nicht zahlen möchten. Du hast außerdem eine kleine Tochter und Frau. Du möchtest das Recht auf freie Arbeitsplatzwahl nach Vertragsende in Europa und hältst die Ablösesumme für übertrieben und unangebracht. |
| **Rollenkarte Frau/Herr Diallo des belgischen Clubs** | Du bist Frau/Herr Diallo vom FC Lüttich. Du bist der Meinung, dass Bosman die letzten Jahre zwar nicht gut gespielt hat, aber er sich positiv auf das Team auswirkt. Außerdem bekommen Fußballspieler immer einen befristeten Arbeitsvertrag, da die Gesundheit der Spieler nicht für immer gleich ist (Alter, Verletzungen) - wenn nun keine Ablösesumme mehr von anderen Vereinen bei Vertragsende verlangt werden kann, sehen sie sich gezwungen, die Gehälter ihrer Spieler bei Vertragsende erhöhen zu müssen, um nicht fürchten zu müssen, dass diese sonst gehen. Das führt zu explodierenden Gehältern in Europa, zu hoher Macht der Spieler und vor allem passt das Gehalt vielleicht nicht mehr zum Können der Spieler. |
| **Rollenkarte der Richter\*in Sakuth des Gerichtshof** | Du bist Frau/Herr Sakuth und arbeitest als Richter\*in am Europäischen Gerichtshof. Du hörst dir beide Positionen an. Fälle eine Entscheidung! |
| **EuGH-Entscheidung in der Realität** | 1995 gibt der EuGH Herr Bosman recht, dass innerhalb der EU keine Ablösesumme nach Vertragsende verlangt werden darf, da dies die freie Wahl des Arbeitsplatz innerhalb der EU („Arbeitnehmerfreizügigkeit) ungerechtfertigterweise einschränken würde. Das heißt, dass Profi-Fußballer nach Vertragsende ohne Ablösesummen zu einem beliebigen Club in der EU wechseln können, was wiederum den Wettbewerb um die besten Spieler angekurbelt hat und insgesamt zu höheren Löhnen führte. |

|  |
| --- |
| Studiengebühren EU-Bürger\*innen |
| **Ausgangssituation** | Die französische Studentin Francoise Gravier bekam einen Brief, dass sie ab diesem Semester für ihr Kunststudium an der belgischen Universität „Académie Royale des Beaux-Arts“ in Lüttich Studiengebühren zahlen müsse. Sie fragte ihre belgischen Studienkolleg\*innen und stellte fest, dass sie diesen Brief nicht bekommen hatten. Außerdem erfuhr sie, dass ein Gesetz des belgischen Unterrichtsministers dazu geführt hatte, dass sie nun Geld zahlen muss, was Belgier\*innen nicht zahlen müssen. Sie rief den Präsidenten des Tribunal de première instance Lüttich (=Gericht) an und beklagte die Unvereinbarkeit der ausländerspezifischen Studiengebühren mit dem EU-Recht. Das belgische Gericht sah die Problematik und gelangt zur Auffassung, dass der Rechtsstreit Fragen der Auslegung des Gemeinschaftsrechts aufwirft, sodass es dem EuGH die Frage zur Vorabentscheidung vorlegte, ob die Studiengebühren für Ausländer\*innen gegen EU-Recht verstoßen. |
| **Rollenkarte** **Francoise Gravier** | Du bist die französische Studentin Francoise Gravier an einer belgischen, staatlichen Kunsthochschule. Du kannst dir keine Studiengebühren leisten und findest, dass keine Diskriminierung aufgrund der Staatsbürgerschaft innerhalb der EU stattfinden darf – entweder alle zahlen gleich viel, oder keiner zahlt irgendwas. Wozu gibt’s sonst die Unionsbürgerschaft neben der nationalen Staatsbürgerschaft? Nur so herrschen gleiche Bedingungen für alle in der EU und die freie Studienplatzwahl in der EU ist gewährleistet.  |
| **Rollenkarte belgischer Unterrichtsminister Bruno Fagnoul** | Du bist der belgische Unterrichtsminister Bruno Fagnoul. Du weißt, dass die staatlich getragene Kunstakademie unterfinanziert ist. Außerdem bist du dir darüber im Klaren, dass du aufgrund eines nationalen Gesetzes eine Studiengebühr von ausländischen Schüler\*innen und Studierenden erheben darfst. Es ist dir wichtig, dass Belgier\*innen freien Zugang zu Bildung haben, aber wer aus dem Ausland kommt, profitiert schließlich von der Bildung, ohne dass die Eltern hierfür Steuern in Belgien gezahlt haben. Dementsprechend müssen die ausländischen Studierenden für ihre Bildungsmöglichkeit in Belgien was zahlen.  |
| **Rollenkarte Richter\*in García** | Du bist Frau/Herr García und arbeitest als Richter\*in am Europäischen Gerichtshof. Du hörst dir beide Positionen an. Fälle eine Entscheidung! |
| **EuGH-Entscheidung in der Realität** | 1985 gibt der EuGH Francoise Gravier recht, dass eine Abgabe, Einschreibe- oder Studiengebühr für den Zugang zum berufsbildenden Unterricht eine gegen EU-Recht verstoßende Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit darstellt, wenn sie von Studierenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten, nicht aber von inländischen Studierenden erhoben wird.Das national widersprechende Gesetz muss aufgehoben werden und es muss der Fall sein, dass EU-Bürger\*innen überall innerhalb der EU gleich viel oder nichts zahlen für ihre Ausbildung. |

|  |
| --- |
| Gleichbehandlung Mann-Frau |
| **Ausgangssituation** | Alfred Stöckel, Inhaber der Firma SA Suma, musste aufgrund einer wirtschaftlichen Schieflage dafür sorgen, dass mehr produziert wird. Deshalb führte er die Nachtarbeit ein, sodass die Maschinen nicht mehr stillstanden über Nacht. Für die Nachtschicht setzte er notwendigerweise die ganze Belegschaft, sprich Frauen und Männer gleichermaßen, ein. Damit verstoß er gegen französisches Recht und wurde angeklagt, denn Frauen ist demnach die Nachtarbeit in Fabriken, Manufakturen und Werkstätten nicht erlaubt. Daraufhin wies Herr Stöckel vor dem französischen Gericht auf die Unvereinbarkeit der nationalen Regelung mit der EU-rechtlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau hin. Das nationale Gericht legte die Frage zur Entscheidung dem EuGH zur Vorabentscheidung vor.  |
| **Rollenkarte** **Alfred Stöckel** | Du bist Alfred Stöckel. Dein Unternehmen sah sich vor die Entscheidung gestellt: Entweder 200 Menschen müssen entlassen werden, oder die gesamte Belegschaft arbeitet Tag und Nacht. Unter Absprache mit der Gewerkschaft und der Zustimmung der Frauen hast du dann die Nachtarbeit für alle eingeführt. Daraufhin wurdest du angeklagt, aber eine Gleichbehandlung von Frau und Mann bedeutet für dich, dass das Geschlecht nicht die Arbeitszeiten einschränken darf.  |
| **Rollenkarte des französischen Staatsanwalts Herr/Frau Pépinot** | Du bist der Vertreter des französischen Nationalstaats Herr/Frau Pépinot. Du bist der Meinung, dass Frauen und Männer in diesem Fall berechtigterweise ungleich behandelt werden, da Frauen stärker Überfälle in der Nacht fürchten müssen. Außerdem muss ihre Nachtruhe geschützt werden, da sie schon tagsüber einer höheren Arbeitsbelastung innerhalb der Familie aufgrund der Kindererziehung ausgesetzt sind. |
| **Rollenkarte Richter\*in Jovanovic** | Du bist Frau/Herr Jovanovic und arbeitest als Richter\*in am Europäischen Gerichtshof. Du hörst dir beide Positionen an. Fälle eine Entscheidung! |
| **EuGH-Entscheidung in der Realität** | Der EuGH beschließt 1991: Das französische Arbeitsrecht muss hinsichtlich der Gleichbehandlung von Mann und Frau geändert werden und gibt somit Alfred Stöckel recht. Nachtarbeit darf Frauen nicht verboten werden, wenn sie Männern zusteht. Auch in Italien gab es ein Gesetz, das vorsah, dass Frauen nicht in der Nachtschicht arbeiten dürfen. Italien und weitere EU-Länder müssen ihr nationales Recht ändern, sodass keine Ungleichbehandlung mehr stattfindet. |

|  |
| --- |
| Diskriminierung Staatsbürgerschaft – lebenslange Ausweisung |
| **Ausgangssituation** | Die italienische Staatsbürgerin Donatella Calfa machte Urlaub auf Kreta. Sie wurde mit Betäubungsmitteln zum Eigenkonsum aufgegriffen und wurde deshalb durch ein griechisches Strafgericht zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt. Außerdem wurde sie als Ausländerin zusätzlich nach geltendem Strafrecht auf Lebenszeit des Landes verwiesen. Griechische Bürger\*innen können strafrechtlich nicht lebenslang des Landes verwiesen werden. Die Italienerin legte daher Einspruch gegen die lebenslange Ausweisung vor dem obersten Gericht der Zivil- und Stragerichtsbarkeit in griechenland (Areios Pagos) ein. Das Gericht entscheidet, dass es sich um eine Frage zur Vereinbarkeit der nationalen Rechtsvorschrift mit dem Gemeinschaftsrecht handelt und legt dem EuGH die Frage zur Vorabentscheidung vor. |
| **Rollenkarte** **Donatella Calfa** | Du bist die Italienerin Donatella Calfa. Du hattest Drogen bei dir, aber wolltest diese nur selbst konsumieren. Du kannst nicht erkennen, dass du dadurch die Sicherheit oder Gesundheit der Öffentlichkeit gefährdet hättest. Du akzeptierst aufgrund des Verbots von Drogen in Griechenland die Freiheitsstrafe, aber du findest es als europäische Staatsbürgerin ungerecht, dass nur Ausländer\*innen lebenslang des Landes verwiesen werden können. |
| **Rollenkarte griechische\*r Vertreter\*in Karamanlis des Gerichts** | Du bist der\*die griechische Vertreter\*in Frau/Herr Karamanlis des griechischen Gerichts. Du findest, dass Frau Calfa eine schwere Straftat begangen hat und durch den Besitz und Konsum die Gesellschaft gefährdet hat, schließlich konsumiert man Drogen eher in Gruppen, vor allem im Urlaub. Sie sollte sich deshalb nicht wieder in Griechenland aufhalten, um die Öffentlichkeit nicht zum Konsum anzuregen und dadurch die Gesundheit der Bevölkerung zu gefährden. Außerdem können selbst Griech\*innen theoretisch Teilen des Landes bis zu fünf Jahre verwiesen werden, obwohl es ihr Heimatland ist. |
| **Rollenkarte Richter\*in Iglesias** | Du bist Frau/Herr Iglesias und arbeitest als Richter\*in am Europäischen Gerichtshof. Du hörst dir beide Positionen an. Fälle eine Entscheidung! |
| **EuGH-Entscheidung in der Realität** | Der EuGH hält 1999 fest, dass es nicht rechtens ist, ein\*e Unionsbürger\*in lebenslänglich des Landes zu verweisen, solange die Gesellschaft durch diese Person nicht gefährdet wird. Damit gibt er Frau Calfa recht. In diesem Fall waren die gesundheitsgefährdenden Güter, welche die Italienerin besaß, nur für den Eigengebrauch vorgesehen. Dementsprechend muss Griechenland die länderdiskriminierende nationale Regelung zur Bestrafung von Ausländer\*innen zumindest für EU-Bürger\*innen aufheben. |

|  |
| --- |
| Piloten – Altersdiskriminierung?  |
| **Ausgangssituation** | Der deutsche Pilot Werner Fries arbeitete bei der Lufthansa CityLine GmbH, als er im Oktober 2013 65 Jahre alt wurde und ab dann nicht mehr von der Lufthansa CityLine im Flugverkehr beschäftigt wurde, da er zu alt sei. Sein Arbeitsvertrag lief allerdings eigentlich noch zwei Monate länger. Er fühlte sich aufgrund seines Alters unrechtmäßig durch die Regelungen der Lufthansa diskriminiert. Das machte er vor dem Bundesarbeitsgericht geltend. Diese wiederum legten die Frage dem EuGH zur Vorabentscheidung vor. |
| **Rollenkarte** **Werner Fries** | Du bist der deutsche Staatsbürger Werner Fries. Du kannst es nicht fassen, dass du die letzten zwei Monate deines Arbeitsvertrags nicht mehr fliegen durftest, nur weil du im Oktober auf dem Papier 65 Jahre alt wurdest. Du hättest dich auch wenn nötig einer ärztlichen Untersuchung unterzogen, um deine Flugfähigkeit für die letzten zwei Monate vor Rentenbeginn prüfen zu lassen.  |
| **Rollenkarte Vertreter\*in Stein der Lufthansa GmbH** | Du bist Frau/Herr Stein der Lufthansa GmbH und für das Personal zuständig. Herr Fries wurde 65 Jahre alt und es ist eine im Völkerrecht verankerte Altersgrenze für Pilot\*innen des gewerblichen Flugverkehrs. Auch wenn Herr Fries noch zwei Monate länger körperlich fit gewesen wäre, kann sich die Lufthansa einen Gesundheitscheck aller Pilot\*innen über 65 Jahren schlicht nicht leisten, sodass die Altersgrenze für alle direkt gilt. Außerdem könnten bei der ärztlichen Untersuchung Fehler passieren, die wiederum viele Menschenleben gefährden würden. 65 Jahre ist eine gerechtfertigte Altersgrenze für die Sicherheit der Fluggäste, wenn man die Abnahme der körperlichen Fähigkeiten im Alter betrachtet. |
| **Rollenkarte Richter\*in Regan** | Du bist Frau/Herr Regan und arbeitest als Richter\*in am Europäischen Gerichtshof. Du hörst dir beide Positionen an. Fälle eine Entscheidung! |
| **EuGH-Entscheidung in der Realität** | Der EuGH fällt 2017 die Entscheidung, dass die Altersgrenze gültig sei, obwohl sie eine Ungleichbehandlung wegen des Alters darstelle. Somit erhält die Lufthansa recht. Die Grenze diene dem Ziel der Gewährleistung der Sicherheit der Zivilluftfahrt in Europa und das hohe Alter sei auch verhältnismäßig und in völkerrechtlichen Vorschriften wiederzufinden.  |

|  |
| --- |
| Biometrischer Pass – Fingerabdruck als Eingriff in die Privatsphäre?  |
| **Ausgangssituation** | Michael Schwarz wollte bei der Stadt Bochum einen Reisepass beantragen. Hierzu hätte er aber Fingerabdrücke abgeben müssen, was er zum Schutz seiner Privatsphäre nicht wollte. Daraufhin wurde ihm die Erstellung des Reisepasses verweigert. Damit gab sich Herr Schwarz nicht zufrieden und erhob vor dem Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen Klage, denn die verpflichtenden Fingerabdrücke würden gegen das Recht auf Schutz personenbezogener Daten und das Recht auf Privatleben, beides Rechte in der Grundrechte-Charta der EU, verletzen. Deshalb legte wiederum das deutsche Gericht die Fragen der Verletzung dem EuGH zur Vorabentscheidung vor.  |
| **Rollenkarte** **Michael Schwarz** | Du bist der deutsche Staatsbürger Michael Schwarz. Du möchtest deine Fingerabdrücke nicht abgeben, denn diese werden in elektronischen Datenbanken und nicht nur auf dem Pass abgelegt, sodass man den Missbrauch durch Hacker oder sogar die staatliche Weitergabe fürchten muss. Deshalb fordert er die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten. Außerdem ist nachgewiesenermaßen der deutsche Pass auch ohne Fingerabdrücke fälschungssicher. ­­­Nicht zuletzt hat der Chaos Computer Club an iPhones gezeigt, dass Fingerabdruckscanner sich täuschen lassen und sich Fingerabdrücke fälschen lassen. |
| **Rollenkarte Vertreter\*in Müller des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen** | Du bist die Vertreter\*in des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen. Du siehst ein, dass durch die Fingerabdrücke der Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre verletzt werden. Dir ist aber das dahinterliegende Ziel sehr wichtig, denn die betrügerische Verwendung von Reisepässen soll verhindert werden, als auch die illegale Einreise in die EU. Durch die Speicherung auf dem Reisepass und die Person, die vor den Augen der Grenzschützer ihren Fingerabdruck zum Vergleich abgibt, ist das System sehr sicher. Außerdem müssen biometrische Vorgaben aus internationalen Gründen (Druck aus den USA) erfüllt werden. Fingerabdrücke sind auch ein guter Schutz vor Passfälschungen, denn Fälscher\*innen tun sich schwer, den Fingerabdruck elektronisch auf dem Pass zu speichern.  |
| **Rollenkarte Richter\*in Safjan** | Du bist Frau/Herr Safjan und arbeitest als Richter\*in am Europäischen Gerichtshof. Du hörst dir beide Positionen an. Fälle eine Entscheidung! |
| **EuGH-Entscheidung in der Realität** | Der EuGH entschied 2013 gegen den Kläger Herr Schwarz, dass zwar eine Verletzung der Privatsphäre stattfindet, jedoch ein biometrischer Pass und die damit verbundenen Fingerabdrücke wichtig zur Sicherheit der Menschen sind, sodass keine illegale Einwanderung stattfindet und die Passfälschung erschwert bleibt. Damit ist weiterhin die Abgabe von Fingerabdrücken nötig, um einen Reisepass in Deutschland zu beantragen. |